

Bote von der Ybbs.

Ein Volk, ein Reich!

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags.

Bezugspreis mit Postverendung:
 Ganzjährig K —
 Halbjährig " —
 Vierteljährig " 13.000—
 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind
 im Voraus und portofrei zu entrichten.

Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt Nr. 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht
 angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.
Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit K 300 für die 5spaltige Millimeterzeile oder
 deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen kein Nachsch. Mindestgebühr 5000 K. Die Annahme erfolgt
 in der Verwaltung und bei allen Annoncen-Expeditionen. — Anzeigen von Juden und Nichtdeutschen
 finden keine Aufnahme.
 Schluß des Blattes: **Donnerstag 4 Uhr nachmittags.**

Preise bei Abholung:
 Ganzjährig K —
 Halbjährig " —
 Vierteljährig " 12.000—
 Einzelnummer K 1000.—

Nr. 42. Waibhofen a. d. Ybbs, Freitag den 19. Oktober 1923. 38. Jahrg.

Das deutsche Volk muß auferstehen!

Los vom Internationalismus!

Auf zur Tat am 21. Oktober 1923!

Wählet großdeutsch!

Wer nicht zur Wahl geht, fördert den Marxismus

und ist ein Helfer der Juden!

Stimmzettel sind zu haben in der Druckerei und am Sonntag im Werbebüro Großgasthof Inzführ.

An die deutsche Wählerschaft!

Am Sonntag den 21. Oktober 1923 ist Wahltag!

Es werden die Würfel fallen, ob die unheilvolle politi-
 sche Macht der Sozialdemokraten bei uns gebrochen
 werden wird oder nicht!

Diese rote Internationale eilte bisher unter jüdischer
 Führung von Niederlage zu Niederlage, sie beugte sich
 erst unlängst auf dem internationalen Arbeiterkongreß,
 trotz der bestialischen Gewalttaten schwarzer und weißer
 Franzosen gerade gegenüber den eigenen Standes- und
 Parteigenossen im Saar-, Rhein- und Ruhrgebiete zu
 Hamburg unter das Joch der Orientsozialisten; sie
 treibt das deutsche Volk durch ihr Verelendungs- und
 nebelhaftes Sozialisierungsprogramm in die Arme des
 alles zerschendenden internationalen Großjudentums;
 durch unerhörte Terrorakte, die jeder freihetlichen Ge-
 sinnung Hohn sprechen, bedroht sie alle, die sich nicht dem
 Diktate der verjudeten Marxisten unterwerfen, die
 Sozialdemokratie möchte uns gegenüber dem Imperia-
 lismus unserer Todfeinde zur Wehrlosigkeit und da-
 durch zur dauernden Knechtschaft verurteilen. Diesen
 unser Volkstum tief schädigenden Bestrebungen setzen
 wir die deutsche Weltanschauung entgegen, die fern von
 Klassen- und Rassenpolitik, fußend auf dem Volksgemein-
 schaftsgedanken, die Interessen des einheimischen,
 bodenkundigen deutschen Volkes allen anderen Belan-
 gen voranstellt.

Daher sind wir Großdeutsche für die Gesundung un-
 serer Staats- und Volkswirtschaft und unseres gesamten
 kulturellen und völkischen Lebens.

Wir treten ein für die

Fortsetzung des Sanierungswerkes

das zur sichtlichen Hebung unserer wirtschaftlichen Pro-
 duktion, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zur

Festigung des Wertes unserer Krone, zur Ruhe, Sicher-
 heit und Ordnung führte und Vertrauen zu unserem
 Staate im In- und Auslande zu erwecken vermochte.

Als Vertreter des Volksgemeinschaftsgedankens treten
 wir ein für den Schutz und die Förderung aller werk-
 tätigen Stände, für die sozialen Fürsorgemaßnahmen
 bei jung und alt, für die Hebung der Bauwirtschaft, ver-
 bunden mit einer weitsehenden Siedlungs- und Woh-
 nungspolitik, welche das Gesamtwohl unserer Volksgemein-
 schaften im Auge, den Forderungen des Hausbesitzers
 und der Mieter gerecht zu werden willens ist.

Im Sinne unseres Parteiprogrammes betonen wir
 schließlich auf dem Rassenstandpunkte stehend, daß wir
 nach wie vor für die Befreiung unseres Volkes von den
 bedrückenden Fesseln der Verjudung auf allen Gebieten
 des öffentlichen Lebens tatkräftig eintreten werden.

Dem Trugbilde eines proletarischen Zukunftsstaates
 der sozialdemokratischen Glendfriedler stellen wir die
 Gründung eines von der Bedrückung durch unsere Feinde
 dereinst befreiten, einigen Großdeutschland entgegen.
 Dieses Ziel können wir aber nur erreichen durch die
 fleißige Körperliche Ertüchtigung und Förderung der
 Wehrfähigkeit unserer Volksgenossen.

Wer die Gesundung unserer Staats- und Volkswirt-
 schaft, unseres Volkstums anstreben, wer die einträgliche
 Befreiung unserer Nation mitzubereiten will, wer die
 Interessen unseres Volkes über alles andere stellt, der
 wähle am

Unsere Wahlwerber sind:

1. Listenfürer: **Abg. Dr. Josef Ursin**, Arzt, Hausbesitzer in Tulln.
2. **Bürgermeister Jahner Anton**, Mühlen- und Sägewerksbesitzer, Landwirt, Handelskammerrat, Wieselburg.
3. **Balt Josef**, Bundesbahnbeamter i. R., Hausbesitzer, Gemeinderat, St. Pölten.
4. **Gutscher Roman**, Bauernkammerrat, Wirtschaftsbesitzer, Sieghartskirchen.
5. **Frühwirt J.**, Altbürgermeister, Wirtschaftsbesitzer, Unterwölbling.
6. **Germershausen Franz**, Kaufmann, Ybbsitz.
7. **Gstatter Josef**, Landwirt, Rust.
8. **Ott Adalbert**, n.-ö. Landesbeamter, Mauer-Dehling.
9. **Kandl Johann**, Maurermeister, Heiligenreich.
10. **Hoch Karl**, Bürgermeister, Wirtschaftsbesitzer, Hollenburg.
11. **Lorenz Alfred**, Oberstleutnant i. R., Kirchberg a. d. Ybbs.

Deutsche Wähler und Wählerinnen! Wer am 21. Oktober nicht seine Stimme abgibt, begeht einen nicht gut zu machenden Fehler, schädigt durch grobe Pliachverletzung seine eigenen Interessen und arbeitet der roten Internationale in die Hände!

Wählet großdeutsch!

Die Kreisparteileitung der Großdeutschen Volkspartei für das Viertel ober dem Wienerwald.

Sonntag den 21. Oktober

großdeutsch!

Die heutige Folge ist 10 Seiten stark.

Amtliche Mitteilungen des Stadtrates Waidhofen a. d. Ybbs.

Za. 2370/122.

K u n d m a c h u n g.

Das Stadtgebiet Waidhofen a. d. Ybbs wird in 6 Wahlprengel eingeteilt, und zwar:

1. Wahlprengel:

Wahllokal: Gasthaus Nagl, Ybbitzerstraße.
Wahlleiter: Stadtrat Franz Steininger.

Mitglieder:

Grd. Leopold Stepanek, Gastwirt.
Chr.-Soz. Dr. Alois Schöllner, Professor.
Soz.-dem. Johann Schmid, Lokomotivführer.

Ersatzmänner:

Grd. Karl Danner, Schneidermeister.
Chr.-Soz. Ferdinand Böck, Zimmermann.
Soz.-dem. Josef Sonnleitner, Schmied.

2. Wahlprengel:

Wahllokal: Turnhalle.
Wahlleiter: Dr. Richard Fried, Rechtsanwalt.

Mitglieder:

Grd. Alois Hoppe, Schuldirektor.
Chr.-Soz. Dr. Gustav Lichner, Professor.
Soz.-dem. Josef Berger, Schneidermeister.

Ersatzmänner:

Grd. August Pitter, Oberinspektor i. B.
Chr.-Soz. Johann Steinbach, Schulwart.
Soz.-dem. Ludwig Längauer, Hilfsarbeiter.

3. Wahlprengel:

Wahllokal: Neuer Kathausaal.
Wahlleiter: Dr. Karl Hanke, Rechtsanwalt.

Mitglieder:

Grd. Leo Schönheinz, Drogist.
Chr.-Soz. Alois Ender, Professor.
Soz.-dem. Franz Reisinger, Postunterbeamter.

Ersatzmänner:

Grd. Rudolf Hirschmann, Kaufmann.
Chr.-Soz. Franz Klar, Schneidermeister.
Soz.-dem. Karl Müller, Eisenbahner.

4. Wahlprengel:

Wahllokal: Alter Kathausaal.
Wahlleiter: Gustav Kretschmar, Kaufmann.

Mitglieder:

Grd. Gustav Hubert, Profurist.
Chr.-Soz. Eduard Claucig, Kaufmann.
Soz.-dem. Karl Berger, Bäcker.

Ersatzmänner:

Grd. Hans Blaschko, Spenglermeister.
Chr.-Soz. Johann Schreinhardt, Schuhmacher.
Soz.-dem. Karl Sturmer, Eisenbahner.

5. Wahlprengel:

Wahllokal: Gasthaus Nagel, Wenrerstraße.
Wahlleiter: Louis Mayr-Buchberger, Kaufmann.

Mitglieder:

Grd. Anton Schiedler, Postamtsdirektor.
Chr.-Soz. Michael Wurm, Gemeinderat.
Soz.-dem. Eulogius Haberl, Schlosser.

Ersatzmänner:

Grd. Bernhard Nagel, Gastwirt.
Chr.-Soz. Eduard Hofmann, Hufschmied.
Soz.-dem. Anton Luger, Werkmeister.

6. Wahlprengel:

Wahllokal: Gasthaus Stumfohl.
Wahlleiter: Josef Brandstetter, Sägewerksbesitzer.

Mitglieder:

Grd. Hans Winkler, Betriebsleiter.
Chr.-Soz. Stefan Kirchweger, Stadtrat.
Soz.-dem. Emil Pfizner, Lokomotivführer.

Ersatzmänner:

Grd. Eduard Seeger, Baumeister.
Chr.-Soz. Johann Brantner, Maurermeister.
Soz.-dem. Josef Czerny, Photograph.

Bezirkswahlbehörde Waidhofen a. d. Ybbs, 25. Sept. 1923.

Der Bürgermeister:
Franz Kotter.

Großdeutsche Volkspartei für das W. v. W. W.

Mietengesetz.

Schon zu wiederholtenmalen war die Großdeutsche Volkspartei genötigt, gegen die unrichtigen gegnerischen Behauptungen des Leiters der Hausbesitzerbewegung in Niederösterreich, Herrn Schratt, Baden, Stellung zu nehmen und den Standpunkt der Partei zu kennzeichnen.

Wir mußten vom Beginn an auch im Interesse der Hausbesitzer, welche in den Reihen unserer Partei stehen, den einseitigen Klassenstandpunkt des Herrn Schratt und seines engeren Kreises richtigstellen.

Da aber Herr Schratt und Genossen sich nicht überzeugen lassen, wie Tirol zeigt, zu ganz aussichtslosen Wahlwerbungen schreiten, da sie ferner sich mit einer anderen Klassenpartei dem Landbund des Herrn Prof. Schönbauer zu verbinden scheinen, so ist es notwendig, daß besonders für unsere Gesinnungsgenossen Klarheit geschaffen wird.

Das Vorgehen dieser Herren ist geeignet, die antimarxistischen Parteien in unverantwortlicher Weise zu schwächen, insbesondere die großdeutsche Volkspartei und darnach angetan, den internationalen Sozialdemokraten in die Hände zu arbeiten.

Die Großdeutsche Volkspartei hat ihren programmatischen Standpunkt schon längst gekennzeichnet und am Linzer Parteitag folgenden Beschluß gefaßt:

„Hinsichtlich des Haus- und Mieterschutzes muß festgestellt werden, daß der Zusammenbruch der Mietobjekte die größte Schädigung der Mieter bedeutet, daß aber andererseits dem Verlangen nach Zinsberechnung im Friedensparität unter den gegebenen Verhältnissen nicht Rechnung getragen werden kann, weil einfach die Erfüllungsmöglichkeit fehlt. Es kann nur die schon im Salzburger Programm (geforderte) stufenweise Annäherung an den Zustand angestrebt werden, der den Hausbesitz und die Mietobjekte erhält, die Ausführung von Neubauten und damit die Schaffung neuer Wohnungen ermöglicht.“

Auch beim letzten Volkstag der Großdeutschen in St. Pölten hat Parteivorstand R. andl, sowie Vizekanzler Dr. Frank in einwandfreier Weise die Ansichten unserer Partei kundgegeben, woraus erhellt, daß jene beiden wichtigen Teile der Volksgemeinschaft, welche am Mietengesetz und dessen etappenweisen Abbau interessiert sind, überzeugt sein können, daß die großdeutsche Volkspartei in gerechter Weise, die Belange des Volksganges schützen und fördern wird. Wie wir einerseits verhindern müssen, daß noch weiter deutscher Hausbesitz in Österreich in jüdische und fremdländische Hände übergeht, so muß auch die großdeutsche Volkspartei sich dafür einsetzen, daß nicht auch unsere Wohnungen durch einen übereilten Abbau des Mietengesetzes dem verbitterten Judentume ausgeliefert werden.

Da Herr Schratt und Genossen versuchten, in St. Pölten, Waidhofen und anderen Orten gegen uns Stimmung zu machen, sind wir genötigt, unseren Gesinnungsgenossen im Wahlkreise, damit nicht die nökische Sache zur Freude unserer Gegner Schaden erleidet, anzurufen, unseren Standpunkt bei derartigen Zusammenkünften in entscheidendster Weise zum Ausdruck zu bringen.

Es ist unglaublich, daß man auch in St. Pölten von Seite der Anhänger des Herrn Schratt und Pfister dazugehen wollte, für den Landbund in ganz aussichtsloser Weise, da er doch nur in unserem Wahlkreise über einige hundert Stimmen verfügt, Stimmung zu machen.

Dabei ist es auffällig, daß eine Anzahl großdeutscher Hausbesitzer in St. Pölten zu der betreffenden Hausbesitzerversammlung keine Einladung erhielt. Bei der betreffenden Zusammenkunft hat der großdeutsche Gemeinderat und Hausbesitzer R. Baal unseren Standpunkt vertreten und es wurde der Beschluß gefaßt, die Abstimmung am 21. Oktober jedem Mitgliede des Hausbesitzervereines freizugeben.

Wählerversammlungen des Abg. Dr. Ursin.

Die in Rust, Waidhofen a. d. Ybbs, Groß-Hollenstein, Amstetten, St. Peter i. d. Au und Haag abgehaltenen Wählerversammlungen waren überaus zahlreich besucht und endeten für Abg. Dr. Ursin mit der wärmsten Anerkennung seiner rastlosen und erfolgreichen Tätigkeit. In Amstetten versuchten die Sozialdemokraten, die maßsenhaft besuchte Versammlung zu stören. Nachdem die Ruheförder an die Luft gesetzt waren, konnte die Tagung fortgesetzt und erfolgreich beendet werden.

Blutige Zwischenfälle in St. Peter in der Au.

Die Sozialdemokraten hatten keinen Saal erhalten und tagten vergangenes Sonntag auf dem Marktplatz bei strömendem Regen. Auch aus Oberösterreich und aus Amstetten waren Genossen erschienen. Sowie in Haag, wo sie unter Führung Schneidmads, von den Bauernbündlern umringt, abziehen mußten, konnten sie auch in St. Peter i. d. Au keine Versammlung abhalten. In den umliegenden Gasthäusern waren zahlreiche Bauern erschienen, gingen unter Hochrufen auf Seipel auf den Marktplatz und es dauerte nicht lange, waren die Sozialdemokraten — unterdessen war auch Gendarmerie erschienen — aus dem Markte verdrängt. Es kam dabei auch zu Kaufhändeln und Verletzungen durch Steinwürfe. Die Sozialdemokraten gingen auch tätlich gegen den christlichsozialen Bürgermeister vor, mußten aber schließlich der Uebermacht weichen, was sie unter dem Rufe: „Wir werden uns rächen!“ taten. Eine schwerere Verletzung (Oberkiefer, Zähneverlust, Nasenbein) erlitt ein Hausgehilfe des Gasthofes Schmidt. Die Gewalttätigkeiten der Sozialdemokraten werden ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Versammlung Dr. Ursin's in Haag im überfüllten Kinoaal wurde von den Sozialdemokraten nicht mehr belästigt, sie hatten es vorgezogen, zu Hause zu bleiben, was auch das Klügste war, denn die Erbitterung ist aufs höchste gestiegen und die Antimarxisten werden sich die Brutalitäten und Provokationen der irregulären Sozialdemokraten nicht mehr gefallen lassen.

Minister Dr. Schürff in Melk und Ybbs.

Auch diese Versammlungen zeigten zahlreichen Besuch und verliefen in glänzender Weise. Bundesminister Schürff sprach hauptsächlich über die günstigen Folgewirkungen des Genfer Sanierungswerkes für Industrie, Handel und Gewerbe, über das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Kräfthereichesowie über die notwendige Vereinfachung in der Steuer- gesetzgebung.

In warmer Weise hob er die Verdienste des Vizeführers Dr. Ursin für die werktätigen Berufsstände, für die Ziele der Volksgemeinschaft, für die Vertretung des reinen völkischen Gedankens hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Wahl Dr. Ursin mit Stimmenüberschuß durchzuführen. Sowohl in Melk wie Ybbs, wo auch Dr. Ursin seinen Rechenschaftsbericht abstattete, der mit Anerkennung und Dank entgegengenommen wurde, war Minister Doktor Schürff der Gegenstand größter begeisterter Rundgebungen.

Wenn Sozialdemokraten Hausherren sind!

Obwohl die Großdeutschen immer und seit jeher erklärt haben, daß sie gegen die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes sind und daß eine Erhöhung der Mietzinse nur bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne und Gehalte und bei Sicherung der Wirtschaftsführung der Gewerbetreibenden möglich ist, verbreiten die Sozialdemokraten die schändlichsten Wählügen über die angebliche reaktionäre Haltung der Großdeutschen in der Mieterschutzfrage: Wir wollen alle diese Unwahrheiten und Lügen nicht noch einmal widerlegen, sondern wollen nur an einem Beispiele zeigen, wie sich die Herren Sozialdemokraten, obwohl sie die einzigen Anwälte der Mieter zu sein vorgeben, verhalten, wenn sie die Hausherren sind.

Die Sozialdemokratische Partei in Bruck a. d. Mur ist die glückliche Besitzerin einer Villa, die dem Verein „Arbeiterheim“ gehört. Der bekannte sozialdemokratische Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Anton Bichler hat nun an den Mieter dieser Villa einen Brief geschrieben, aus dem wir die nachfolgenden sehr bezeichnenden Stellen entnehmen:

„Geschätzter Herr Belign! Habe mit heutigem Tage eine Anweisung im Betrage von K 225.751 an Mietzins für das zweite und dritte Quartal erhalten. (Den gesetzlich vereinbarten Mietzins). Ich teile mit, daß ich dieses Geld nur als Abschlagszahlung auf das erste Quartal 1923 annehme und daher das zweite und dritte Quartal 1923 als nicht bezahlt betrachte. Besonders bin ich darüber erntaunt, daß Sie trotz Ihres Ehrenwortes, welches Sie mir gegeben haben, noch immer nichts dergleichen tun, um aus der der sozialdemokratischen Partei in Bruck a. d. Mur gehörigen Villa auszuziehen. Es kommt nun bereits der 1. September und Sie sind noch immer in der roten Villa von Bruck a. d. Mur.“

Da ich ein guter Republikaner der Republik Deutsch-österreich bin, muß ich Sie auf das Ungeheuerliche Ihrer Handlungsweise und auf Ihr provokatorisches Vorgehen als Mieter gegenüber dem Hausherrn aufmerksam machen. Da mir erstens Ihre Zinszahlung, zweitens Ihr aristokratisches Auftreten in keiner Weise gefällt, werde ich Ihnen für die nächsten Tage die gerichtliche Kündigung zuwenden, da ich als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Menschen, die die Gesetze der Republik Deutsch-österreich ständig übertreten, als Mieter nicht brauchen kann. Sollten Sie es tatsächlich auf einen Konflikt ankommen lassen, so werde ich diese Villa einem erstklassigen Wiener Ostjuden verkaufen, der das Kunststück, Sie aus der Villa zu entfernen, schon fertig bringen wird. Dies mitteilend, zeichnet Anton Bichler m. p., Obmann des Vereines „Arbeiterheim“.

Wer auch immer der Mieter sein möge: Es bleibt jedenfalls bemerkenswert, in welcher arroganter Weise der rote Hausherr sein Hausherrntum dem Mieter gegenüber zur Schau trägt. Und der gesetzliche Mietzins ist ihm auch zu wenig! Dem gesetzlichen Mietzins betrachtet er nur als Abschlagszahlung! Und wenn der Mieter nicht auszieht, dann wird das Haus einfach an einen erstklassigen Ostjuden verkauft! So ist es recht! Der Herr Bürgermeister von Bruck Anton Bichler würde sich als getreuer sozialdemokratischer Parteigänger damit nur im Rahmen der bisher von den Sozialdemokraten geleiteten Wohnungspolitik bewegen, die sich insbesondere in Wien dadurch auszeichnete, daß den Bodenständigen die Wohnungen angefordert und weggenommen und Ostjuden zugewiesen wurden!

Vogische Auslegung und unkonkrete Wirkungen des Salzburger Beschlusses.

Der nationalsozialistische Parteitag übertrug dem Zührerausschuß, den Herren Dr. Walter Riehl und Schulz von Österreich, Esser aus Bayern und Ingenieur Zung aus der Tschechoslowakei die Entscheidung darüber, wie sich die Partei bei den österreichischen Nationalratswahlen zu verhalten habe. Riehl und Zung entschieden zugunsten eines mit der großdeutschen Volkspartei zu treffenden Wahlvereinbinkommens, Schulz und Esser waren für Wahlenthaltung. In Vertretung Hitler's, der bei der Beratung nicht anwesend war und sich

Wahllegitimationen mitnehmen!

Schluß der Wahl punkt 3 Uhr nachm.

Wahllegitimationen sind in Ermanglung einer richtigen Legitimation (Taufschein usw.) in der Wachtube zu holen.

Stimmzettel

sind in der Druckerei Waidhofen und im Werbelokal Inführ zu haben.

in die österreichischen Parteiverhältnisse nicht einmengen wollte, gab Esser die Entscheidungstimme auch für die Wahlenthaltung ab. Für die Kärntner Landesorganisation wurde unter Verweisung auf die Slowenengefahr die Wahlbeteiligung zugestanden. Dieser Salzburger Beschluß hat nun eine merkwürdige Auslegung erfahren. Aus dem nur für die Parteigliederungen gegebenen Verbot, weder selbstständig in die Wahlbewegung einzutreten, noch ein Wahlabkommen mit einer anderen Partei zu treffen, wurde ganz irrig das Verbot des Wählens überhaupt herausgeholt. Nehmen wir nun an, der Führerausshuß hätte tatsächlich beabsichtigt, für die Parteimitglieder das Wahlverbot auszuspochen. Was hätte er, um die Durchführung dieses Beschlusses zu sichern, weiter zu tun gehabt? Er hätte eine Weisung ausgehen müssen, wie sich die Parteiangehörigen dort zu verhalten haben, wo Wahlpflicht besteht: ob sie weiße Stimmzettel abzugeben oder trotz der drohenden Strafe nicht zur Wahl zu gehen haben. Er hätte weiters mitteilen müssen, wie jene Parteiangehörigen vor dem Terror der Gegner zu schützen seien, die als einzelne Nationalsozialisten in den Betrieben stehen, und die durch die Nichtbeteiligung an der Wahl als Nationalsozialisten erkannt werden. Der Führerausshuß hätte geradezu einen Wirtschaftsschutz für solche zufolge ihrer Parteitue von Verluste ihres Arbeitsplatzes bedrohten Parteiangehörigen einrichten und hiervon auch öffentlich Kunde geben müssen.

Das alles ist nicht geschehen, brauchte nicht zu geschehen, weil an eine so weite Auslegung bei der Fassung des Beschlusses nicht gedacht wurde. Es hat ja doch das Wiener Parteiorgan der Nationalsozialisten selbst einmal erklärt: „Wer wählen will, soll halt wählen.“ Das hätte es nicht können, wenn ihm nicht die richtige Auslegung des Salzburger Beschlusses das Recht dazu gegeben würde. Jede Parteiorganisation, die ohne ausdrückliche Genehmigung des Parteitag ein Wahlüber-einkommen abschließt, Wahlwerber aufstellt oder sonst wie eine parteiverbindliche Wahlparole ausgibt, verletzt den Salzburger Beschluß. Wer nun streng logisch denkt, wird zugeben müssen, daß sogar eine Weisung an Parteianghörige, nicht zur Wahl zu gehen, selbst schon eine Verletzung des Salzburger Beschlusses ist, weil durch die Wahlenthaltung den Gegnern annähernd die gleichen Vorteile gebracht werden, als wenn für sie gestimmt würde. Um zu begreifen, daß die von mir gebrachte Auslegung des Salzburger Beschlusses die einzig mögliche und richtige ist, braucht man sich nur die Wirkungen vor Augen zu halten, die eine anders geartete Auslegung erzielt. Jede nicht abgegebene Stimme stärkt die erbittertesten Gegner der Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die Tschechen und den Judentum. Viele verdrossene Sozialdemokraten wollten sich ebenfalls von der Wahl ferne halten. Um nicht für Nationalsozialisten gehalten zu werden, wählen sie nun, und natürlich trotz ihrer Verbitterung sozialdemokratisch. Das Parteiprogramm der Nationalsozialisten enthält ebenso wie das großdeutsche Parteiprogramm die Forderung nach dem Ständeparlament. Dieses ist nur durch eine Verfassungsänderung, also nur dann zu erreichen, wenn die Koalitionsparteien über die Zweidrittelmehrheit verfügen. Damit hört der Zwang, mit den Sozialdemokraten Kompromisse schließen zu müssen, auf. Verlieren jene Nationalsozialisten, die durch ihre Wahlenthaltung als solche erkannt werden, ihr Brot, muß die Partei für ihre Erhaltung aufkommen. Endlich wird durch die allgemein geübte Wahlenthaltung geradezu öffentlich die Mitgliederliste der Nationalsozialistischen Partei aufgelegt.

Kann das alles eine Partei wollen? Das ist doch unmöglich! Keiner, der wählt, beachtet einen Bruch der Parteidisziplin, wohl aber vergeht sich jeder Gewerkschafter, der sich der Wahl enthält, gegen die Gewerkschaftsdisziplin.

Ferdinand Ertl,

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Österreichs.

Politische Rundschau.

Die völkischen Gewerkschaften und die Wahlen.

Der als Listenführer im Wiener 6. Wahlkreise auf der Liste der Großdeutschen Volkspartei kandidierende deutsche Gewerkschaftsführer Ertl sprach kürzlich in einer Wählerversammlung über das Eintreten der völkischen Gewerkschaften in den Wahlkampf. Er sagte unter anderem:

„Die nationalen Gewerkschaften, die sich auf den Boden ihres Volkes stellen, dürfen nicht dem National-laster der Deutschen folgen, überall das Trennende zu sehen, sondern sie müssen mehr als alle anderen nach dem Zusammenschlusse aller nationalen Kräfte streben. Nun sind die Versuche, für diese Wahlen eine völkische

Einheitsfront zu schaffen, gescheitert, nicht aus Böswilligkeit, sondern aus unrichtiger Bewertung des inneren Gehaltes und auch der unrichtigen taktischen Einschätzung eines Wahlkampfes, gescheitert an dem Verhalten einer — ich betone es — Bruderpartei der Großdeutschen Volkspartei. In einer Zeit, in der die Geschlossenheit der Feinde uns einfach zur Einigkeit zwingt, können die nationalen Gewerkschaften nicht abseits stehen. Sie erklären es daher als Pflicht, jeder nationalen Kraftäußerung — und eine solche ist auch die Wahl — auch ihre Kräfte zuzuführen.

Der Parlamentarismus hat seine Fehler. Die Formen, in denen sich das parlamentarische Leben äußert, sind häufig genug abstoßende. Aber in einer Zeit, da jeder Stand und jede Berufs-kategorie den schärfsten Kampf um seine Selbstbehauptung führen muß, darf der völkische Gewerkschafter den Boden, auf dem über sein Wohl und Weh entschieden wird, nicht kampflös den Internationalisten beider Richtungen überlassen.

Das Wesentliche bei den Wahlen ist nicht die Person, die gewählt werden soll, ist auch nicht die Partei oder die Form der Partei, das Entscheidende ist, daß die Vertretung des völkischen Zusammengehörigkeitsgefühles und des nationalen Gedankens im Parlament zu stärken ist, um eine Einflußnahme auf die künftige Führung der politischen Geschichte unseres Staates im völkischen Sinne zu sichern. Das ist der ideale Beweggrund, der neben Standes- und materiellen Motiven die völkischen Gewerkschaften veranlaßt hat, aktiv in den Wahlkampf einzutreten. Nicht zum alleinigen Nutzen der völkischen Gewerkschaften, nicht zum Nutzen einer Partei gehen die Gewerkschaften in den Wahlkampf: Die Idee ist es, die sie zwingt, dem gesamten deutschen Volke Österreichs ein Beispiel völkischen Einigungswillens zu geben.

Die katastrophale Niederlage der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Das tschechische Ministerium des Innern veröffentlicht amtlich die Ziffern über das Ergebnis der letzten stattgefundenen Gemeinderatswahlen. Darnach ist die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei noch viel, viel schlimmer, als es nach Bekanntwerden der einzelnen Teilergebnisse ansfangs den Anschein hatte.

Gegenüber den im Jahre 1920 in den Wahlen für die Prager Nationalitätenversammlung erhaltenen 670.000 Stimmen, entfielen bei den Gemeinderatswahlen auf die deutsche Sozialdemokratie insgesamt 272.000. Der Verlust beträgt also 400.000 Stimmen, das sind 60%. Bei der Konstituierung der neugewählten Gemeindevertretungen verloren die Sozialdemokraten sämtliche Bürgermeister-, sämtliche Vizebürgermeister- und sämtliche Stadtratsposten. Es sind also nicht nur, wie die „Arbeiterzeitung“ glauben machen wollte, die „Konjunktur- und Norkember-Sozialisten“, die die rote Fahne im Stiche ließen. Der deutsche Arbeiter hat es eben satt, sich weiter am Gängelbände der jüdisch-marxistischen Führung in die Irre leiten zu lassen.

Ein Volksvertreter auf der Landbündliste.

Auf der Liste, die die Hausbesitzer in Tirol mit dem Landbunde gemeinsam aufstellen, erscheint auch der satt-sam belante Präsident des Haus- und Grundbesitzerbundes, Herr Auernig, derselbe Herr Auernig, der in Folge 2 seiner in Innsbruck herausgegebenen „Allgemeinen österreichischen Hausbesitzerzeitung“ vom 15. Jänner 1923 einen Artikel brachte, in dem es hieß: „Jeder Hausbesitzer, der einen Teil oder das Ganze seines Besitzes verkaufen muß, verkaufe nur an Nicht-deutsche! In Österreich und Salzburg an Tschechen, in Tirol und Kärnten an Italiener, in Steiermark an Jugoslawen. Sollte eine oder die andere Behörde einem in diesem Sinne gefaßten Beschlusse entgegenstehen, so laufe man sofort zum nächsten Konsulat und verlange die Einhaltung der diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages seitens der österreichischen Regierung. Das wird auch jenseits der Grenzen Aufsehen machen.“

Und um solchen Volksverrättern Mandate zu sichern, haben die Landbündler die nationale Einheitsfront zerstört.

Bauern können nur durch Bauern vertreten werden!

Mit diesem Satze treibt die Deutsche Bauernpartei, jetzt Landbund für Österreich, Wählerfang. Im Burgenlande, wo der Landbund unter dem Titel „Burgenländischer Bauernbund“ kandidiert, wird offenbar von dem Christlichsozialen ein Flugblatt verbreitet, das die Weberschrift trägt: „Wer sind die klassenbewußten Vertreter des Burgenländischen Bauernbundes?“ Und es werden nun die Namen der bauernbündlerischen Kandi-

daten, die an den aussichtsreichen Stellen der Liste aufgestellt sind, angeführt:

Professor des römischen Rechtes Dr. Ernst Schönbauer aus Wien.

Professor für deutsche Sprache Dr. Alfred Walheim, Sauerbrunn.

Musikprofessor Michael Geßell aus Unterschnigen.

Professor der Naturgeschichte Ludwig Jonešak an der Bundesmittelschule in Eisenstadt.

Professor der Mathematik Karl Unger in Oberwarth.

Student Viktor Boith, der seine rechtswissenschaftlichen Studien noch immer nicht beendet hat, aus Graz.

Oberrechnungsrat Gottfried Bleche aus Gumpoldskirchen.

Jeder weitere Kommentar ist überflüssig! Es verdiente höchstens noch erwähnt zu werden, daß der Abgeordnete Schönbauer in seinem alten niederösterreichischen Wahlkreise unmöglich geworden ist und darum plötzlich sein Herz für das Burgenland entdeckt hat und dort die bauernbündlerische Liste des Nationalrates führt.

Der „Deutsche Turnerbund (1919)“ und die Wahlen.

(Eine Äußerung des Bundesobmannes.)

Die im „Deutschen Turnerbund (1919)“ vereinigte deutschvölkische Turnerschaft hat sich satzungsgemäß von jeder Parteipolitik fernzuhalten. Der Bundesturnrat hat daher in seiner Sitzung vom 6. und 7. d. M. abgelehnt, im einzelnen Weisungen zu geben, hat aber im allgemeinen darauf hingewiesen, daß die Turner und Turnerinnen bei den Wahlen ihrem völkischen Empfinden folgen mögen. Diese allgemeine Weisung ist vielfach dahin ausgelegt worden, daß darin die Wahlenthaltung empfohlen werde.

Der Obmann des „Deutschen Turnerbundes (1919)“ Hofrat Kupka, äußert nun auf vielfache Anfragen seine persönliche Meinung zu der Kundgebung, an deren Wortlaut er nichts mehr zu ändern vermag. Er erklärt unter anderem folgendes: „Wir deutschvölkischen Turner haben auch im politischen Leben unsere völkische Pflicht zu erfüllen. Wir dürfen uns nicht abseits stellen und etwa durch Wahlenthaltung unseren Gegnern — in Wien z. B. den Sozialdemokraten und den mit ihnen verbündeten Juden und Tschechen — zum Siege verhelfen. Ich erinnere daran, daß uns die Sozialdemokraten die Turnhallen entziehen, unsere Turnbrüder brotlos machen, uns das Bundesabzeichen von der Brust reißen, kurz seit Jahr und Tag einen unerhörten Terror ausüben. Von den völkischen Parteien beteiligten sich nur die Großdeutschen und der Landbund an den Wahlen, die Nationalsozialisten nicht. Für uns Turner kommt darum nur die Liste des „Verbandes der Großdeutschen und des Landbundes“ in Betracht, der wir unsere Stimme zu geben haben. Auch diejenigen, die mit der derzeitigen Form des Parlamentarismus nicht einverstanden sind, müssen bedenken, daß wir diese Form des Parlamentarismus jetzt nicht ändern können. Wir sind auf die Unterstützung jener Partei, die in den öffentlichen Vertretungskörpern Sitz und Stimme hat, angewiesen, so wie diese Partei auf uns. In sehr zahlreichen Fällen, in größeren und kleineren Dingen, ist uns die Großdeutsche Volkspartei zur Seite gestanden, ohne sie hätten wir so manche Förderung nicht erhalten. Ich bin daher der Meinung, daß es für unsere völkischen Turner und Turnerinnen selbstverständlich sein muß, bei den bevorstehenden Wahlen in die öffentlichen Vertretungskörper nicht nur selbst die Wahlwerber der Großdeutschen Volkspartei zu wählen, sondern auch auf ihre Angehörigen, Freunde und Bekannte in diesem Sinne einzuwirken.“

Ortliches.

Aus Waidhofen und Umgebung.

* Persönliches. Cand. theol. Heinz Brandl hat am 12. Oktober vom hochw. Herrn Bischof Dr. Eduard Herzog in der christlich-katholischen Landeskirche zu Wien die Weihen des Subdiakonates und Diakonates erhalten.

* Dr. A. J. Feitsch ordiniert ab Montag den 22. ds. in der neuen Wohnung, Postkammerstraße 5, neben der Turnhalle (im Hause neben der bisherigen Wohnung).

* Dr. Richard Plattensteiner in Waidhofen. Es ist dem Volksbildungs-Zweigverein Waidhofen gelungen, den weit über die Grenzen unseres Heimatklandes bestbekannten Schriftsteller und Vortragmeister Dr. R. Plattensteiner für einen Abend in Waidhofen zu gewinnen. Für diesen Vortrag ist der 21. November in Aussicht genommen. Näheres in den folgenden Nummern.

die Trauben nicht zu hoch hingen, der beim Pflücken der Trauben erwischt wurde. Unbarmherzig wurde er in den Arrest gesteckt und konnte über sein nichtswürdiges Tun nachdenken. Aber die leichtsinnige Jugend, ja auch das Alter, war unverbesserlich und so mußte echter Frohsinn und Humor sich entfalten. Die Feuerwehr Böhlerwerk kann auf diese äußerst gelungene Veranstaltung stolz sein. Gut Heil!

Ybbis. (Großdeutsche Wähler-Versammlung.) Dienstag, 9. Oktober, hielt die hiesige Ortsgruppe der Großdeutschen Volkspartei eine Wählerversammlung ab, die trotz des strömenden Regens recht gut besucht war und — wir wollen es gleichzeitig im vorhinein feststellen — einen vollen Erfolg für die Großdeutschen bedeutete. Der Obmann der Ortsgruppe, Weid-Rat Dr. Meyer eröffnete die Versammlung und begrüßte ganz besonders die Herren Chart (Wien), Bürgermeister Fahrner (Wieselburg) und Direktor Scherbaum (Waidhofen a. d. Ybbs). Er forderte gleichzeitig die anwesenden Gegner auf, während der Wahlreden sich jeder Störung zu enthalten, da nach den Reden jedermann das Wort ergreifen könne. Hierbei ereignete sich nun ein Zwischenfall, der die Taktik unserer „Roten“ so recht ins richtige Licht setzte. Der Führer der anwesenden Sozialdemokraten Lehrer Kremser verlangte nämlich, nach jeder Rede das Wort ergreifen zu können, um auf diese Weise die Versammlung möglichst in die Länge zu ziehen, bezw. deren Fortdauer unmöglich zu machen. Da ihm das selbstverständlich nicht bewilligt wurde, erhob er in flammenden Worten gegen diese „Unterdrückung der freien Meinungsäußerung“ Protest und — verließ mit seinen Gefinnungsgenossen den Saal. Wie immer, haben sich auch diesmal die Roten recht gut aus der für sie peinlichen Angelegenheit herausgewunden. Ihre ursprüngliche Absicht, die Versammlung ausgiebig zu stören, schien ihnen bei der großen Anzahl unserer Parteifreunde und Gefinnungsgenossen nicht rätlich, ein ruhiges Anhören der Wahlreden aber schien ihnen für ihre Parteigenossen nicht gut, da die letzteren sicherlich Sachen erfahren hätten, die die roten Führer im Interesse der unbedingten Gefolgschaft verheimlichen müssen. — Da ist es entschieden das Beste, man spielt den beleidigten und verläßt die Versammlung. Es ist wirklich schade, daß sie die guten, ja glänzenden Ausführungen unserer Redner nicht hören konnten. In erster Linie gedachten alle drei Redner unseres armen, unglücklichen Brudervolkes, das schier unrettbar dem Untergang geweiht sei, und gelobten immerwährende Treue sowie stetes Hochhalten des Anschlußgedankens. Chart und Ing. Scherbaum befaßten sich hauptsächlich mit dem Genfer Abkommen und der Sanierung. Mit klaren, überzeugenden Worten bewiesen sie die unumgängliche Notwendigkeit des Genfer Abkommens, das unbedingt unterzeichnet werden mußte, wenn nicht Deutschösterreich zerfallen und unter fremdes Joch hätte kommen

sollen. Daß aus dieser Sanierung schwere Lasten für die Bevölkerung, ganz besonders für die Festangestellten und für den Mittelstand, erwachsen, das mußten sie natürlich zugeben, sie konnten aber auch feststellen, daß jeder vernünftige Mensch die Notwendigkeit einer Belastung und einer Einschränkung einsehe, da nur auf diese Weise unser Staat wieder in die Höhe gebracht werden könne. Sie hielten aber auch scharfe Abrechnung mit den Sozialdemokraten, die ihre gesamten Wählermassen gegen das Genfer Werk in Bewegung setzten, dann aber, als die Entscheidung kam, sich feige drückten. Sie hätten die Sanierung verhindern können, haben es jedoch nicht getan, weil sie die Verantwortung nicht auf sich nehmen konnten. Auch Bürgermeister Fahrner befaßte sich mit den Sünden der Sozialdemokraten. Gerade die Gewerbetreibenden hätten die aller wenigste Ursache, an der Wirtschaftspolitik der Marxisten ohne entsprechende Kennzeichnung vorüber zu gehen. Denn diese Politik mußte man doch tatsächlich als Vernichtungspolitik kennzeichnen: nichts erzeugen und alles aufbrauchen, alles verzehren — das schien ihr erster und oberster Leitsatz gewesen zu sein. Die Mißwirtschaft in den Zentralen, das Parteiwesen in den Krankenkassen, die sog. Wohnungsfürsorge sowie der Mieterschutz, nicht zu vergessen die Erstarkung (man kann ruhig sagen die Aufrichtung) der Judenherriehaft, das alles muß jedem denkenden Wähler ein Fingerzeig sein, wie er sich am 21. Oktober zu verhalten habe. Rauschender Beifall lohnte alle drei Redner für ihre äußerst sachlichen und gediegenen Ausführungen. Dr. Meyer konnte mit ruhigem Gewissen in seinen Schlussworten den Wahlwerbenden die Versicherung geben, daß wohl alle Großdeutschen am 21. Oktober ihre Pflicht erfüllen werden zum Wohle Deutschösterreichs und seiner deutschen Bevölkerung. Heil der Großdeutschen Partei und ihren Wahlwerbenden.

Aus Amstetten und Umgebung.

Wähler! Besorgt Euch rechtzeitig die Wahllegitimationen, sonst verliert ihr Euer Wahlrecht.

Die Großdeutsche Volkspartei Amstetten hat am Wahltag ihren Wahlraum im Hotel Hofmann. Auskünfte werden dort bereitwillig erteilt.

Für die Großdeutsche Volkspartei gilt das Verbandsverhältnis mit dem Landbunde und daher lautet der einzig gültige Stimmzettel:

„Verband der Großdeutschen und des Landbundes“.

— Jedem Einwohner von Amstetten werden Stimmzettel und Wahlaufträge per Post zugestellt. Sollte einer oder der andere nichts erhalten haben, so bekommt man Stimmzettel bei den Vertrauensmännern und im Wahlraum.

— **Evangelischer Gottesdienst** in Amstetten (Kirchensaal: Preinsbacherstraße 8) findet statt am Sonntag den 21. Oktober 1923, um 10 Uhr vormittags. Der Kinder-Gottesdienst beginnt um 9 Uhr vormittags am gleichen Tage.

— **Trauungen.** Franz T a n z e r, Kaufmann in Neufurth, mit Marie P a t e l, Beamtenstochter, Amstetten. — Josef M e l b e r, Kanzleileiter in Graz, mit Margarete K i e b a c h e r, Lehrerin in Amstetten.

— **Männergesangsverein.** Montag den 15. Oktober begannen wieder die regelmäßigen Proben des Damenchores im Vereinslokal Hotel Hofmann. Die Sangeschwestern werden gebeten, vollzählig und pünktlich zu (8 Uhr) erscheinen. Neueintretende, stimmbegabte Damen sind herzlich willkommen.

— **Deutscher Turnerbund.** Betreffs der Wahl am Sonntag verweisen wir auf den Seite 3 enthaltenen Artikel „Der deutsche Turnerbund (1919) und die Wahlen“.

— **Gewerbeabend.** Montag den 22. d. M. findet der Gewerbeabend im Gasthause Preindl statt.

— **Verstorbene.** Albert S c h l e n k a, Hilfsarbeiter, Preinsbach, 18 Jahre alt, Krankenhaus. — Norbert F l o h r e r, Offizial i. R., 65 Jahre alt. Der Verstorbene war der Schwiegervater des hiesigen Schmiedmeisters Herrn Genrhofer.

— **Wählerversammlung.** Die am Samstag den 13. um 8 Uhr abends abgehaltene Versammlung der Großdeutschen Volkspartei war sehr gut besucht. Es waren mehrere christlichsoziale Besucher anwesend, während die Sozialdemokraten wahrscheinlich auf Parteibeschluß der Versammlung fernblieben. Vorsitzender Oberlehrer Reich eröffnete dieselbe und Obmann der Landesleitung Dir. W o t a w a sprach ausführlich über das Genfer Sanierungswerk. Als er die Mieterschutzfrage streifte, kam es zu lebhaften Zwischenrufen von Linzern und St. Pöltner Eisenbahnern. Als Gew. Erdelt sprach, wurde er mehrmals unterbrochen. Bei der Rede des Bürgermeisters Fahrner wurden sie so fleißig, daß einige der Genossen an die Luft gesetzt werden mußten. Als Dr. Ursin als letzter Redner geschlossen hatte, meldete sich der junge Genosse Raymon aus Waidhofen zum Wort und erklärte lang und breit den Unterschied zwischen christlichsozial und großdeutsch. Nach einer Erwiderung des Herrn Dir. Wotawa wurde die Versammlung um 11 Uhr nachts geschlossen.

— **Die Versammlungen** in Neuhofen und Wallsee waren sehr gut besucht und es ist ein reges Interesse für die Großdeutsche Volkspartei überall zu sehen.

Wallsee. (Ehrung.) Am 11. d. M. feierte der hiesige Bürgermeister Herr Medizinalrat Dr. Karl P a u s e r sein 60. Geburtsfest. Diesen Anlaß benützte die Bevölkerung der beiden Gemeinden Wallsee und Sindelsburg, um dem allseits beliebten Arzte eine Ehrung zu berei-

Handels- und Gewerbetreibende!

Im Interesse Eures Standes besteht am 21. Oktober 1923 für Euch und Eure wahlberechtigten Familienmitglieder

unbedingte Wahlpflicht!

Wählt nur bürgerlich nach Eurer Parteizugehörigkeit!
Keine Stimme den Sozialdemokraten!

Bezirksgruppenleitung des d.-ö. Gewerbeverbandes.

ten. Am Abend des Vortages versammelten sich die Gemeindevorstellungen von Wallsee und Sindelburg, die Feuerwehr Wallsee, die Vertreter aller übrigen Korporationen beider Gemeinden und ein großer Teil der Bevölkerung vor dem Hause des Gefeierten, wo diesem von der Musikkapelle und dem Gesangverein Wallsee-Sindelburg ein Ständchen gebracht wurde. Die Schülerin Grete Pfoser trug ein sinniges Gedicht vor und überreichte ein hübsches Blumenbukett. Namens der Gemeinde brachte nun Vizebürgermeister Oberlehrer Unterrainer die Glückwünsche zum Ausdruck, worauf Herr Medizinalrat Dr. Pauser gerührt für die ihm bereicherten Ovationen dankte. Im Anschlusse fand dann im Gasthose Kirchmayr eine gemütliche Nachfeier statt, bei der wechselweise Lieder und Musikstücke zum Vortrage gelangten.

Aus St. Peter i. d. Au und Umgebung.

Aschbach. (Versammlung.) Am Montag den 15. ds. fand im Gasthose Nagl eine großdeutsche Wählerversammlung statt, zu der sich außer den Parteiangehörigen auch Nationalsozialisten und Christlichsoziale eingefunden hatten. Es sprachen Bürgermeister und Mühlenbesitzer Fahrner aus Wieselburg, Landtagsvizepräsident Dr. Mittermann und Reg.-R. Scherbaum. Bgm. Fahrner gewann sich bei diesem seinem erstmaligen Besuche in Aschbach die volle Sympathie der hiesigen Gewerbetreibenden. Prof. Mittermann besprach in besonders überzeugender Weise den unseligen Rückschlag, welcher in den Gesundungsprozess unseres Vaterlandes eintreten müßte, wenn die großdeutsche Volkspartei, etwa durch Stimmenenthalt oder sonst laue Wahlbeteiligung so geschwächt aus den Wahlen hervorginge, daß sie am Ende gar ihre Koalitionstauglichkeit einbüßte. Das bedeutete die Wiederkehr der schwarz-rotten Koalition, mit der sich auch Dr. Seipel nie abfinden würde. Ueber Direktor Scherbaums Rede ist nur zu sagen: Er sprach wie immer vom Herzen und, wie der jubelnde Beifall zur Genüge bewies, auch zum Herzen.

Aus Haag und Umgebung.

Markt Haag. (Großdeutsche Wählerversammlung.) Am Sonntag den 14. d. M. fand im Saale der Frau Marie Forstmayr eine außergewöhnlich stark besuchte Wählerversammlung der Großdeutschen Partei statt. Dr. Sandhofer aus Umstetten sprach über das Mietengesetz, die Kleinrentner- und Kleinpächterfrage und die dringend notwendige Vereinfachung der Steuergesetze. Seine sehr sachlich gehaltenen Ausführungen fanden beifällige Aufnahme. Nationalrat Dr. Ursin schilderte zuerst die traurige Lage, in der sich die Deutschen im Reich befinden, die nur durch einiges Zusammenstehen wieder zum Bessern gewendet werden könnte. Dann wendete er sich den Verhältnissen in Oesterreich zu und führte aus, wie die Sozialdemokraten zur Zeit ihrer Vorherrschaft in Oesterreich mit ihrer Staats- und Verwaltungstunst und Wirtschaft vollkommen versagt und dem Staate durch ihre Sozialisierungsversuche im Arsenal und anderen Betrieben Milliardenverluste zugefügt haben. Auch besprach er das Verhältnis der Großdeutschen zu den ihnen durch ihren Kampf gegen den jüdischen Einfluß und ihre völkische Gesinnung nahestehenden Nationalsozialisten und teilte mit, daß sich die nationalsozialistischen Gewerkschaftler trotz des Salzburger Beschlusses an der Wahl beteiligen und für die großdeutsche Liste eintreten wollen. Er erstattete einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im Nationalrate, woraus sein eifriges Wirken für die verschiedenen Kreise seiner Wählerschaft zu ersehen war und führte den Besammlenden die Bedeutung der am 21. Oktober stattfindenden Wahlen für das durch die Zusammenarbeit der Großdeutschen und Christlichsozialen so erfolgreich begonnene Werk der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung unseres Staates eindringlich vor Augen. Es gelte, zu wählen zwischen dem Marxismus, der mit seiner Lehre vom Klassenkampfe die Kräfte des deutschen Volkes lähmt und sich auch wirtschaftlich als verhängnisvolle Irrelhre erwiesen hat, und dem edlen und hohen Gedanken der Volksgemeinschaft. Lebhafter und anhaltender Beifall bezeugte die Zustimmung der Versammelten zu den Darlegungen des Redners. Mit warmen Worten der Anerkennung und des Dankes an die Redner des Abends, besonders an Dr. Ursin und mit der Aufforderung, am 21. d. M. geschlossen für die großdeutsche Liste zu stimmen, schloß der Vorsitzende, Notar Robert Sentowsky, die Versammlung.

Von der Donau.

Pöchlarn. (Großdeutsche Wählerversammlung.) Am 12. Oktober fand in Joh. Höbarth's Gasthose eine Wählerversammlung statt, zu welcher Oberoffizial A. Ott aus Mauer-Dehling, Bürgermeister Fahrner aus Wieselburg und Regierungsrat H. Scherbaum aus Waidhofen erschienen waren. Alle drei Redner besprachen das Sanierungsproblem, wirtschaftliche und kulturelle Fragen, Regierungsrat Scherbaum die Ziele der Großdeutschen und das Schulabbaugesetz. Die zahlreichen Zuhörer waren mit den Ausführungen voll einverstanden, besonders eindrucksvoll wirkte die alanzende Rede des Herrn Regierungsrates. Der 21. Oktober wird uns Großdeutsche alle auf dem Blase finden.

(Kirchenkonzert.) Am Sonntag den 14. Oktober veranstaltete der Gesangverein ein Kirchenkonzert, wel-

ches trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Eingeleitet wurde dasselbe mit einem Orgelkonzert und zwar: J. S. Bach: Toccata, Adagio und Fuge in C-Dur, ausgeführt von Herrn Rutschler, welcher sich der schwierigen Aufgabe in glänzender Weise entledigte und sich als Meister auf der Königinn der Instrumente erwies. Die gemischten Chöre: „Die Ehre Gottes“ von Beethoven, „O salutaris hostia“, Melodie aus Jerusalem und im Oesterreich bisher unbekannt, „Ave verum“ von Mozart, „Ave Maria“, Soloquartett von Strauß mit Orchesterbegleitung, „Tantum ergo“ von Brudner, sowie die Männerchöre: „Das Kirchlein“ von Beder und das „Dankgebet“ von Kremser mit Orchesterbegleitung erfüllten das Publikum mit größter Befriedigung. Der Reingewinn wird dem Kriegerdenkmalfond zugewiesen.

Bermischtes.

Der Stellennachweis der Privatangestellten.

In Wien hat am 13. Oktober über Einladung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung eine Aussprache zwischen Vertretern der Unternehmerverbände und der Angestelltengewerkschaften stattgefunden, die sich mit der Frage der **Errichtung eines paritätischen Stellennachweises** für die Privatangestellten beschäftigte. Der Vertreter des D.H.B., der Gewerkschaft der deutschen Angestellten, erklärte sich grundsätzlich für die Errichtung eines paritätischen, öffentlich rechtlichen Stellennachweises der Privatangestellten. Für den Geist der „freien“, d. i. sozialdemokratischen Gewerkschaften spricht die Tatsache, daß sie schon vor der Schaffung dieser wichtigsten Institution den Stellennachweis der Privatangestellten zu einer **parteilichpolitischen Machtfrage** machen. Die Freigewerkschaftsvertreter kamen mit dem Vorschlag, die Verwaltung des Stellennachweises — der eben noch garnicht besteht — nach jenem Stimmenverhältnis zu besetzen, das die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bei der letzten Wahl zur Wiener Arbeiterkammer erzielten. Die Herren übersehen dabei gänzlich den gewaltigen geistigen und organisatorischen Wandel, der sich inzwischen in der Privatbeamtenerschaft vollzogen hat. Auf alle Fälle mahnt die Stellungnahme der Sozialdemokraten zur höchsten Vorsicht. Der D.H.B. wird namens der völkischen Angestellten darüber wachen, daß nicht auf dem Wege über den amtlichen Stellennachweis eine neue Form

marristischer Zwangswirtschaft mit Menschen

eingeführt werde. Deshalb ist dem amtlichen Stellennachweis jeglicher **Benutzungszwang** sowohl für den Arbeitgeber, als auch für Angestellte, abzuspochen. Die erprobt, gemeinnützigen Stellenermittlungen der anerkannten Berufsgewerkschaften, beispielsweise des D.H.B., werden auch künftig erhalten und gefördert werden müssen. Ebenjowenig wird jemals auf den freien, individuellen Stellennachweis verzichtet werden können. Auf alle Fälle ist ein Stellennachweis, der vorwiegend unter marxistischen Einfluß steht, eine neue Gefahr geistiger Bedrückung und Schematisierung, die durch entsprechende Vorichtsmaßnahmen unmöglich gemacht werden muß.

Die Vertreter der Unternehmer sprachen sich nicht grundsätzlich gegen die Errichtung des amtlichen Stellennachweises aus, befürchteten aber auch parteipolitisch-sozialdemokratischen Mißbrauch, wie er sich leider auch im Arbeitsnachweis der Wiener Metallarbeiter herausentwickelt hat.

Der D.H.B. wird angesichts der obherrschenden Wirtschaftskrise und anhaltenden großen Stellenlosigkeit alles tun, um die Arbeitsvermittlung technisch für ganz Oesterreich auf die Höhe zu bringen. Der amtliche Stellennachweis kann, — insofern er standesbewußt und rein berufspolitisch geleitet wird — eine sehr wertvolle und nützliche Ergänzung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung sein. Es ist zu wünschen, daß die Regierung und die Arbeitgeber einvernehmlich mit den Berufsgewerkschaften der Angestellten diese Frage einer baldigen und erfolgreichen Lösung zuführen.

Zentralverband der deutschösterreich. Kriegsbeschädigten, Invaliden, Wittwen u. Waisen

Ortsgruppe Waidhofen a. d. Obb.

Sonntag den 7. Oktober fand um 2 Uhr nachmittags im Vereinsheim Gafner eine sehr gutbesuchte Invaliden-Versammlung statt.

Geladen waren die Herren Bürgermeister sowie die politischen Parteien.

Erschienen sind von der christlichsozialen Partei die Herren Hold, Jacll und Escher, von der sozialdemokratischen Partei Herr Bucheder Franz, von der großdeutschen Partei ist ein Entschuldigungsschreiben eingelangt. Als Referent ist Kam. Schmürmacher, Obm. des Zentralverbandes, erschienen. Obmann Willer eröffnet um 1/3 Uhr die Versammlung und gibt die Tagesordnung, „die Forderungen der Invalidenerschaft“, bekannt.

Am Schmürmacher entrollte in seinem 1 1/2-stündigen Referate alle Punkte der schon seit Mai d. J. überreichten berechtigten Forderungen und charakterisiert besonders krasse Fälle, z. B. ungerechte und willkürliche Rentenkürzungen, Zwangsabfertigungsagabelle, Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, Invalideneinstellungs-gesetz, wonach heute noch ein Unternehmer nur 2500 Kronen als Ausgleichstara zu bezahlen braucht, Heilbehand-

lungsansuchen, Zusage ist in vielen Fällen erst eingelangt, als Gefuchsteller schon gestorben usw.

Zum Schlusse seiner Ausführungen ersucht Redner, festgeschlossen zur Organisation zu stehen, um alle die Invalidenerschaft betreffenden Angelegenheiten künftig erledigen zu können. Nach anhaltendem Beifall dankt Obmann für die trefflichen Ausführungen, weist ebenfalls auf den Wert der Organisation hin und eröffnet über Referat die Aussprache.

Kam. Proschinger berichtet über Fälle von birromäßig gekürzten Renten, sowie ungerechter Abweifen von Kriegershinterbliebenen. Gleichzeitig weist er auf das Wiederbesiedlungsgesetz hin, welches schon einige Jahre besteht, aber noch sehr wenigen Kriegsbeschädigten, obwohl bevorzugten Bewerbern zu ihrem gesetzlichen Rechte verholsten habe.

Kam. Leitsberger spricht ebenfalls zur Wiederbesiedlungsfra ge Herr Hold weist in seinen Ausführungen hin, daß es die Regierung unterlassen habe, die Kriegsopfer entschädigend zu entschädigen und habe sich daher eine schwere Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen, wohl aber habe sie an Hofräte und verschiedene Sektionschefs nicht gespart, Entschädigungen zu überweisen.

Es sollen daher alle Parteien, welche vor den Wahlen sich verpflichten, für die Kriegsopfer einzutreten, dies auch nach den Wahlen so halten, ansonsten in 3 Jahren dasselbe Bild bestehn.

Zum Schlusse gibt Herr Hold das Versprechen, daß er seine Partei beauftragen werde, sich der Kriegsopfer anzunehmen.

Obmann dankt Herrn Hold für seine Ausführungen.

Herr Bucheder teilt als Vertreter seiner Partei mit, daß diese bisher immer für die Interessen der Kriegsopfer eingetreten sei, nachdem ja ihre Abgeordneten aus der arbeitenden Masse hervorgegangen, daher die Rot jener Gruppe kennt, und wird seine Partei stets bestrebt sein, sich dem Wohle der Kriegsopfer zu widmen; und liegt es an den Kriegsopfern selbst, die richtigen Vertreter zu wählen.

Obmann dankt Herrn Bucheder für seine Ausführungen.

Kam. Mezinger spricht sodann über Invalidenorganisation, sowie über Heldenfriedhof und zwar habe die Ortsgruppe den Heldenfriedhof von der Stadtgemeinde nicht erhalten, sondern nur die noch freien Gräber zur Bestattung von Kriegsbeschädigten des Stadtgebietes und zwar kostenlos, es fällt daher die Instandhaltung des Heldenfriedhofes der Stadtgemeinde zu.

Obmann streift noch die Fürsorgeaktion für Invalide des Staates, welcher im Vorjahre für ganz Deutschösterreich nur etwa 3.000.000 betrage, wogegen die Ortsgruppe Waidhofen im heurigen Jahre allein schon etwa 6.000.000 Kronen an Unterstützungen ausbezahlt habe.

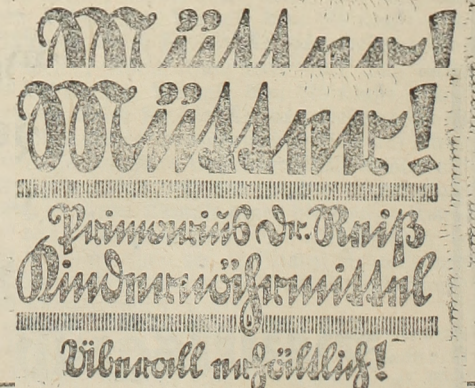
Nach einigen Anfragen schließt Obmann die Versammlung um 1/2 5 Uhr abends.

Marktbericht vom 16. Oktober 1923.

Kartoffeln	per Kilo	K	840	—	1.200	
Gurken	"	"	—	—	—	
Fisolen	"	"	—	—	—	
Kraut	"	"	1.000	—	1.200	
Spinat	"	"	600	—	—	
Zwiebeln	"	"	4.000	—	—	
Butter	"	"	45.000	—	50.000	
Rindfleisch	"	"	20.000	—	24.000	
Kalbfleisch	"	"	24.000	—	32.000	
Schweinefleisch	"	"	34.000	—	36.000	
Schlesfleisch	"	"	40.000	—	—	
Birnen	"	"	4.000	—	6.000	
Zweischken	"	"	2.500	—	—	
Äpfel	"	"	2.500	—	—	
Milch	per Eiter	K	4.000	—	—	
Eier	per Stück	"	1.400	—	1.500	
Kohl	per Stück	K	1.000	—	—	
Kohlräben	"	"	500	per Kilo	K	—
Kartoff.	"	"	5.000	—	—	
Salat	"	"	800	—	1.000	
Endivien	"	"	—	—	—	
Petersilie	per Büschel	"	—	—	—	
Reittich	"	"	1.200	—	—	

Eingefendet.

Für Form und Inhalt ist die Schriftleitung nicht verantwortlich.



Vilmoll m. Feillich!
Vollgenossen! Bezieht die strengantifemistische „Deutsche Tageszeitung!“

Franz Steininger

vormalig Ignaz Nagel

304

Älteste und leistungsfähigste

Weintellerei

am Plage und Umgebung.

Auswahl an Altweinen und Heurigen sowie Lager an
la Flaschenweinen
und zwar Lustenberger, Muskateller, Tolayer,
Dessert, weiß u. rot, Rheintwein, Teroldico Spezial.

Reellste und zuvorkommendste Bedienung
nach jeder Richtung.

Mannersdorfer Edelputzsand
Kalk, Ziegel, Marmorarbeiten
Grabsteine, Steinmetzarbeiten

353

EDUARD HAUSER
WIEN, 9. BEZIRK, SPITALGASSE Nr. 19

Hammer Schmiede

zu pachten gesucht. 331 Adresse in der Verwaltung des Blattes.

Erstklassige Margarinfabrik sucht tüchtigen Vertreter

für Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung. Gefällige Offerte unter „Strebsam 4342“ an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Wien I., Seilerstätte 2. 352

3. 3536.

Rundmachung.

Im Hause Weyrerstraße 20 findet am 23. Oktober 1923, 10 Uhr vormittags, in der Wohnung des verstorbenen Franz Unger die freiwillige Feilbietung von Einrichtung, Kleidung, Wäsche und verschiedenen Effekten statt. 361

Waidhofen a. d. Y., 15. Oktober 1923.

Der Bürgermeister:
Franz Kotter.

Geprüfter Huf- und Wagenschmied

mit Vermögen, wird zu Einheirat gesucht.
Katharina Brazda, Amstetten 351
Redaggerstraße 3.

Rundmachung.

Zu der Warnung in der Zeitschrift „Bote von der Ybbs“ vom Freitag den 12. Oktober 1923, Seite 7, welche meine Frau Rosa Ebner, geb. Obermüller, einschalten ließ, habe ich zu bemerken, daß es richtig ist, daß zwischen uns ein Scheidungsprozeß besteht und ferner richtig ist, daß wir auf Grund der Ehepakete eine allgemeine Gütergemeinschaft zwischen uns errichtet haben, aus der sich aber ergibt, daß ich ohneweiters das mir gehörige Miteigentum an allen uns gehörigen Eigentumsgegenständen veräußern kann; ebenso dürfen aber auch keine Sachen ohne mein Wissen verkauft werden. Jedenfalls ist meine Frau auch nicht berechtigt, die Ablieferung von mir verkaufter Gegenstände an den Käufer zu verweigern, obwohl ich nicht die Absicht habe, irgend etwas zu verkaufen. Ich bemerke weiters, daß die Unterschrift meiner Frau den Tatsachen nicht entspricht; sie ist zwar Hausmitteigentümerin, nicht aber Alleineigentümerin. Jedenfalls hat sie mit dem Spediteurgeschäft nichts zu tun, da ich der bei der Gewerbebehörde angemeldete Gewerbsinhaber bin.

Johann Ebner

Spediteur in Waidhofen a. d. Ybbs
Unterer Stadtplatz 17.

347

Rundmachung.

Auf Grund des Notariatsaktes vom 22. Jänner 1923, G.-Z. 7624, bin ich gefertigter Johann Ebner, Spediteur in Waidhofen, Miteigentümer sowohl des Hauses in Waidhofen, Unterer Stadtplatz 17, wie auch der gesamten Fahrnisse, welche sich in dem betreffenden Hause befinden, wobei ich hervorhebe, daß gewerberechtlich ich der alleinige Inhaber des Speditions-gewerbes in Waidhofen, Unterer Stadtplatz, bin. Auf Grund des erwähnten Notariatsaktes steht es mir vollkommen frei, mein Miteigentumsrecht an den vorgenannten Vermögensgegenständen zu verkaufen oder zu verpfänden. Irgend ein Einspruchsrecht meiner Frau existiert nicht.

Waidhofen a. d. Ybbs, 16. Oktober 1923.

Johann Ebner.

348

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens unseres guten Onkels, des Herrn

Johann Rimbauer

Hausbesizers und Kaufmannes in Waidhofen an der Ybbs sowie für die zahlreiche Beteiligung an seinem Leichenbegängnisse sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.

Waidhofen a. d. Ybbs, im Oktober 1923.

358

Karoline Groß und Geschwister.

Antiquar. Bücher

in deutscher, französischer und englischer Sprache, sowie ganze Bibliotheken kauft jederzeit

G. Weigend's Buchhandlung
Waidhofen a. Y., Unterer Stadtplatz Nr. 19.

Meldezettel

sind zu haben in der

Druckerei Waidhofen a. d. Y.

Gesellschaft m. b. H.

Wein-, Most-, Branntweinfässer, Bottiche und Eisenfässer

Neu und gebraucht!

Neu und gebraucht!

Holzkörbe für Glasballons.

Abler & Sohn, Fabrik, Wien, IV., Wittorgasse 16
Telephone 56.385 und 52.445. 317

Einlauf von Mineralöl-, Tafelöl- und Fettfässern.

Meinen Sie nicht auch,

daß man mit „Recht Franz-Kaffee-Zusatz“ * die beste Melange löst? Seit altersher bewährt und best bekannt.

* mit der Kaffeemühle

333

Dunkler Saffranzug, gut erhalten, ist Franz. Klar, Waidhofen a. d. Ybbs, Obere Stadt Nr. 6.

Haus, wo möglich mit kleinem Geschäft und freier Wohnung in Waidhofen zu kaufen gesucht. Josef Zimmermann, Haslach, D.-Ö. 325

Intelligente Verkäuferin, welche auch in Stenographie und Maschinschreiben bewandert ist, wird bei guter Bezahlung sofort aufgenommen im Maschinenhaus Josef Kraußschneider, Untere Stadt 16.

Leset und verbreitet den „Boten von der Ybbs!“

Gartenschlauch mit Schlauchwagen aus Eisen wurde entwendet! Vor Ankauf wird gewarnt! Belohnung für Mitteilungen zur erfolgreichen Erueierung des Täters und des gestohlenen Gutes. 357

Kuranstalt Dr. Werner, Waidhofen an der Ybbs.

Beachten Sie unsere Anzeigen!

Wirklich tüchtiger Rayon- und Reisevertreter, bei Lebensmittelhändlern eingeführt, wird engagiert!
Angebote unter „Bekannt Importfirma 8859“ an die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Wien I., Seilerstätte 2.

HOLZ

Wir kaufen fortlaufend alle Arten weiches und hartes Schnittmaterial, ferner Rund- und Brennholz

WILHELM BUCK & Co., Holzindustriegesellschaft m. b. H.
Wien, I., Dorotheergasse 7. 244

Lehrjunge 350
Kräftiger
für Fleischhauerei und Selcherei wird sofort aufgenommen bei:
Josef Grabner, Ybbsitz.

Preiswert zu verkaufen:
2 Pferde
sowie einige Wägen. 323
DAMPFRÄCKEREI J. LECHNER, AMSTETTEN.



PALMA
Kautschukabsatz & Kautschuksohle
schonen
Nerven und Füße
billiger und
haltbarer
als Leder



Die kluge Frau

kauft doch am liebsten
„Sonntagberger“
Feigen- und
Malz-Kaffee

weil er
der ausgiebigste,
billigste u. beste
ist.

Erzeugt von der
**1. Waidhofner
Feigen- und Malzkaffeefabrik**
in Waidhofen a. d. Ybbs, N.-Ö.

Achtung!

Durch erstklassige Arbeit und Primarware ist es mir gelungen, weitgehende Lieferungen und speziell in

Boiserer-Schuhen

die vollste Zufriedenheit meiner werten Kunden zu erwerben und deren beste Anerkennung zu finden.
Durch billigste Preise und beste Arbeit, sowie durch ein

großes Lager in allen Sorten Schuhen

werde ich mir auch fernerhin die Zufriedenheit meiner geschätzten Kunden zu erhalten bemüht sein und bitte um weiteren, zahlreichen Zuspruch.

Hochachtungsvoll
Julius Stromberger
Schuhmacher
328 Waidhofen a. d. Ybbs, Hoher Markt 3
Spezialist in Boiserer-Schuhen.

Hilfsarbeiter
nüchtern, fleißig, wird aufgenommen.

Städtische Elektrizitätswerke
Waidhofen a. d. Ybbs.



HANS WAARS
Waidhofen a. d. Ybbs, Urtilal.

Rubbiel-Verkauf
Jeden Donnerstag freier Austrieb von prima
Rubbiel
jeder Art, bei großer Auswahl u. reeller Bedienung
M. Gruber, Gastwirt und Rubbielhändler **St. Pölten**
Brunnengasse 18 und Schießplatzpromenade 9
im eigenen Hause. 170

**Billigstes
Bestes
Blut-**

futter für Schweine und Ferkel ist nur das **St. Marzer Blut-**futter. Verlangen Sie Muster und Offerte von
**Blutfutterfabrik
Wien-Simmering.**

Spar- und Darlehenskassenverein für Ybbsitz und Umgebung
registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung
Postsparkassenkonto Nr. 119.384 **Ybbsitz (Nieder-Österreich)** Fernsprecher Nr. 31

Wir teilen hierdurch mit, daß wir für Spareinlagen sowie für Einlagen in laufender Rechnung

12 Prozent Zinsen

bezahlen. — Für Beträge von 500.000 Kronen aufwärts, deren Erleger sich bei der Einzahlung schriftlich verpflichtet, diese Beträge durch mindestens zwei Monate bei uns unberührt liegen zu lassen, zahlen wir

17 Prozent Zinsen (Tagesverzinsung)

Die Zinsen werden am 31. Dezember eines jeden Jahres zum Kapital gerechnet oder auf Wunsch ausbezahlt. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir bei den 17prozentigen Einlagen keine wie immer gearteten Spesen in Anrechnung bringen, und daß wir die Rentensteuer sowie die Bankenumsatzsteuer aus Eigenem tragen. Die 17prozentige Verzinsung kommt somit voll und ganz zur Geltung.
Nach Ablauf der zweimonatigen Frist (vom Tage der Einlage an gerechnet) kann der Einleger über den Betrag sofort verfügen. Es entfällt somit jegliche Kündigungsfrist.
Erlagscheine werden auf Wunsch kostenlos zugesendet.
Ybbsitz, im Oktober 1923.

Spar- und Darlehenskassenverein für Ybbsitz und Umgebung
registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung
Ybbsitz (Niederösterreich).

zung machte als ihren Vertreter ihren Außenminister Dr. Beneš namhaft, der zu Genf auch gleich in Aktion trat. Er wurde zum Berichterstatter über die heikle Frage der Abrüstung bestimmt und Beneš löste seine immerhin etwas schwierige Aufgabe mit Geschick, denn er brachte es zustande, gleichzeitig für und gegen die Abrüstung zu sein. Er nannte die Abrüstung die hehrste Idee der Menschheit und meinte, daß sich die Völker einem internationalen Gerichtshof ebenso unterwerfen sollen, wie die Bürger eines Staates ihrem ordentlichen Gerichte. (Ich meine es wäre am besten, der Einfachheit halber als internationalen Gerichtshof gleich den Vollzugsausschuß der „Alliance israelite universelle“ zu bestimmen!) — Fast im gleichen Atem aber erzählte Herr Beneš seinen „erlauteten“ Zuhörern, daß an eine Abrüstung eigentlich nicht gedacht werden könnte, weil keine Gewißheit vorhanden sei, daß z. B. die Tschchoslowakei ihr Recht erlange, wenn sie sich nicht an eine große Macht anlehne. Es ist nur zu begreiflich, wenn sich Beneš gegen den Angriffskrieg wendete. Dieser müßte als ein internationales Verbrechen gebrandmarkt werden. Daraus sprach nicht der neue Völkerbundsrat, sonder der Tschchoslowake. Die Tschchen zittern vor der kommenden deutschen Völkerhebung. Sie sind besorgt um die wertvollsten Gebiete ihres Staates, um das von Deutschen besohnte Randgebiet, das sich sofort an Deutschland anschließen würde und damit auch den Slowaken das Zeichen zum Abfalle geben würde. Die Angst vor einer solchen Zukunft diktiert den Prager Machthabern ihre frantrophile Politik und das Tempo ihrer riesigen Militärrüstungen, unter denen dieser lebensunmögliche Staat schließlich zusammenbrechen muß, weil ein Kleinstaat wie die Tschchoslowakei auf die Dauer nicht ein Heer wie das einer Großmacht halten kann. Die Tschchisierungsbestrebungen der Prager Regierung wollen die gesamten deutschen Gebiete so rasch als möglich entdeutschern, um auf diese Art die deutsche Irredenta allmählich ganz auszuschalten, wodurch der Bestand des Staates gesichert wäre. Diese Entdeutschung klappt aber selbstverständlich nicht, weil die Deutschen sich nicht tschchisieren lassen. Sohin ist die Zukunft der Tschchoslowakei nach wie vor sehr trübe, weshalb die Anbiederung an Paris noch immer die Hauptsache in der tschchischen Außenpolitik ist und noch lange bleiben wird. Beneš wird den Völkerbundsrat gehörig ausnützen. Natürlich nicht im Interesse des Weltfriedens, sondern im Interesse des tschchischen Imperialismus.

Italien.

Die demokratische Presse aller Schattierungen in der ganzen Welt frohlockte über die Krise im italienischen Fasziismus und rechnete dem leichtgläubigen Leser bereits vor, wieviel Tage Mussolini nur noch Leiter der Geschichte Italiens sein werde. Der Grund für dieses jüdische Pressemanöver war der Rücktritt des faszistischen Vollzugsausschusses, eine innere Parteiangelegenheit der Fasziisten. Mussolini wußte diese innere Parteikrise auch sofort zu beheben, so daß das Geschrei eines großen Teiles der Tagespresse blinder Alarm war. An die Stelle des abgetretenen Vollzugsausschusses trat ein nationales Direktorium, das fortan die höchste Partei-Instanz sein wird. Die Männer dieses Direktoriums repräsentieren die nationale Richtung des Fasziismus,

die nun ganz die Oberhand gewonnen hat. — Mussolini bezeichnete als die Grundsätze seiner Politik: Arbeit, Disziplin, Gehorjam und Mut. Die Grundsätze unterstreichen die nationale Grundstimmung des Fasziismus. Leider hat der Fasziismus zur Judenfrage noch nicht Stellung genommen. Eine Aufrollung derselben würde aus der faszistischen Bewegung sehr rasch auch eine antisemitische machen. Es steht in Erwartung, daß durch das steigende Übergewicht der nationalen Richtung im Fasziismus auch die Judeneggenerschaft in Italien an Einfluß und Bedeutung gewinnen wird, die bis jetzt fast kaum hervorgetreten ist. Der Grund dafür dürfte in der zahlenmäßig geringen Anzahl von jüdischen Einwohnern Italiens liegen, die 60.000 kaum erreicht. Peciotti hat aber nachgewiesen, daß diese 60.000 italienischen Juden durchwegs einflußreiche Stellen innehaben. Die hohen Beamtenstellen, der Reichtum, die obersten Intelligenzberufe sind fast durchwegs von Juden besetzt. Dadurch gewinnt die Judenfrage auch in Italien an erhöhter Bedeutung. Auch in den hohen Militärstellen gibt es zahlreiche Juden. Die italienische Freimaurerei ist ganz verjudet, ebenso das Schrifttum (Siehe d'Annunzio!). Die fortschreitende Festigung des italienischen Nationalismus wird an der Judenfrage unbedingt nicht vorbeikommen. Früher oder später wird auch der nationale Italiener zu der Erkenntnis kommen, daß der Jude wie bei allen Völkern so auch für das italienische die größte Gefahr bildet.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten wollen eine Einschränkung der jüdischen Einwanderung in Amerika durchführen. Der Vorsitzende der Einwanderungskommission des nordamerikanischen Kongresses Mr. Albert Johnson und der Arbeitsminister Mr. James Davis haben eine neue Einwanderungsbill ausgearbeitet, die demnächst dem Kongress vorgelegt werden soll. Laut dieser neuen Bill wird die 3-prozentige Einwanderungsquote für Juden auf 2 Prozent herabgesetzt. Die jüdischen Deputierten der Stadt New York Diastein und Soles ließen erklären, daß sie mit allen Mitteln die neue Bill bekämpfen werden. — Wir hoffen, daß der jüdische Kampf gegen dieses Gesetz erfolglos bleibt, möchten aber bei dieser Gelegenheit der Seipelregierung nahelegen, sich an Mr. Johnson und Mr. Davis ein Beispiel zu nehmen. Das große Amerika hat nur einen ganz geringen Hundertstahl jüdischer Bevölkerung. Trotzdem aber will es eine weitere Zuwanderung von Juden verhindern. Deutschösterreich hat über 11 v. H. jüdische Bevölkerung, aber von einem Gesetz über die Einschränkung jüdischer Zuwanderungen will die Seipelregierung nichts wissen. Der Amerikaner weiß die Mittel, die sein Volk vor der

jüdischen Gefahr schützen, das bezeugt uns die Bill Johnsons. Die klerikalen Herrscher Oesterreichs wissen es, so nehme ich an, zwar auch, rühren aber keinen Finger. Sie werden solange untätig zusehen, bis das Volk zur Selbsthilfe greift. Für aus einer solchen erwachsenen Folgen müßten gegebenenfalls die klerikalen Minister verantwortlich gemacht werden. Kürzlich wurde in einigen amerikanischen Universitäten der Numerus clausus eingeführt. Man sieht, daß die Judeneggenerschaft auch in Amerika an Verbreitung und Intensität zunimmt. Hierzu hat wohl sehr viel die Tätigkeit Henry Fords beigetragen, dem das große Verdienst zukommt, die Judenfrage in den Vereinigten Staaten ins Rollen gebracht zu haben. Sein Verdienst ist umso größer, weil es vor wenigen Jahren in der ganzen Union eine Judenfrage überhaupt nicht zu geben schien. Wir werden den Kampf Johnsons um seine Bill mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Unterstützt soll die Aktion durch die Ku-Klux-Klan werden, während sich die jüdische Opposition auf eine erwartete Hilfe durch die Deputierten der äußersten Weststaaten stützen will. Jedenfalls ist diese Sache dazu angetan, uns Deutschösterreichern das größte Interesse abzugewinnen. Für Deutschösterreich wäre in Anbetracht des Vorgehens der Amerikaner eine gänzliche Sperrung der jüdischen Einwanderung nicht zu viel. Die Seipelregierung wird eine solche aber nicht durchführen, dessen sind wir leider gewiß. Erst eine nationale, diktatorische Herrschaft wird es machen. Hoffentlich läßt sie nicht mehr lange auf sich warten.

Imkerrede.

Für die Winterabende.

Das idealste Weihnachtsgeschenk für jeden Imker!

„Mein Bienenmütterchen“

seine Zucht und Pflege.

Lehrbuch der Bienen- und Königin-Zucht aus der Praxis heraus von Oberlehrer i. R. Guido Sklenar, Mistelbach. 180 Seiten, Oktavformat. Mit vielen Abbildungen.

Mit diesem Werke hat der allbekannte Bienenzüchter Guido Sklenar den Imkern einen Befehl geschenkt, der durch seine klare und volkstümliche Schreibweise, bei der aber auch an vielen Stellen der unverwundliche Humor des Verfassers durchbricht, besonders aber durch seinen lehrreichen, aus der langjährigen Praxis des erprobten Imkers entstammenden Inhalt dem Imker nicht nur bei seiner Bienenzucht große Vorteile bietet, sondern ihm beim Lesen auch zur Quelle froher und genussreicher Stunden wird. Erhältlich ist dasselbe in der Druckerei Waidhofen a. d. Ybbs um K 22.000, per Postversand K 25.000, ein Preis, der in Anbetracht des Gebotenen und im Verhältnis zum Preise anderer Bücher nur dadurch ermöglicht ist, daß der Verfasser auf jeden materiellen Gewinn aus seiner Arbeit verzichtet, was demjenigen Imker nicht wundern nimmt, der das selbstlose und gedeihliche Wirken des Verfassers kennt.

Beachten Sie die besondere Farbkraft und Ausgiebigkeit, sowie den feinen Geschmack des altberühmten Thee Kaiser Feigenkaffee

und nehmen Sie von demselben bei Gebrauch nur die Hälfte wie von anderen, weniger farbkraftigen Fabrikaten.

mit ansehen, da ist einer heute ins Ort gekommen, der es mit mir aufnehmen will.“

„Gekommen ist einer?“ fragte das Mädchen. „Er ist also schon da — er ist schon da!“ Sie drückte beide Arme vor Freude an sich.

„Wer? Kennst du ihn denn!“ fragte erstaunt der Leutenberger.

„Seit du mich nicht in Ruhe läßt,“ sagte das Kind mit scharfer Stimme, „habe ich tagtäglich zu Gott gebetet, er möchte einen starken Engel vom Himmel schicken, der dich klein.“ — die schwachen Fäuste ballten sich — „ganz klein macht! Und der ist nun da!“

„Nun, ein Engel ist es ja nicht,“ lachte der Urban, „es ist nur ein Müllersohn von Langendorf, und was das Kleinmachen anlangt, so denk wohl ich das zu treffen.“

„O mein!“ schrie heftig das Mädchen.

„O ja. Hinlegen will ich ihn dir, daß du selbst deine Freude daran haben wirst.“

„Hinlegen, du ihn?“ kreischte außer sich die Kleine auf. „Sieh, so und so wird er es dir machen!“ Sie schlug den Leutenberger rasch ein naarmal mit den geballten Fäusten in das Gesicht.

„Ho,“ rief der, „so gefällst du mir, komm mit.“ Er schlug das Köckchen dem Mädchen über die Füße, presste dessen Arme an sich und trug es wie ein Wickelkind hinweg.

Das Kind schrie jammernd auf.

Da fühlte sich der Leutenberger am Arme ergriffen. Florian stand vor ihm und sagte: „Seh das Kind nieder! Also so ein Kriminalkerl bist du? Seh das Kind nieder, sag ich!“

Der Leutenberger hatte nicht die Absicht, das zu tun, aber unter dem immer stärker werdenden Drucke mußte er sich unwillkürlich beugen, das Kind kam auf die Erde zu stehen und er ließ es los. Vor Wut stammellnd sagte er: „Dich hat auch dein Unglück hinter mir her getrieben!“

„Mach Schulkinder fürchten,“ sagte Florian und schritt, ihn im Auge behaltend, gegen den kleinen Wessensled vor, der sich vor der Lammenlichtung befand.

Der Leutenberger folgte ihm mit raschen Schritten. „Dafür sollst du jetzt einen Gedenkzettel für all dein Lebttag abtrogen,“ sagte er und warf sich auf ihn.

Das Mädchen drückte sich an die nach dieser Seite hin kahle Mauer des Häuschens und sah mit suchtsamen Augen und gefalteten Händen nach den beiden Männern.

Der Kampf war ohne Uebereinkommen aufgenommen und wurde auch ohne alle Regeln geführt, in der ersten blinden Erbitterung hielten sich die beiden Gegner vollkommen die Wage, aber das brachte eben den Leutenberger zu sich, er wehrte ab und wartete zu, plötzlich erschah er seinen Vorteil, warf seinen Widerpart zur Erde, blitzschnell sprang er hinzu, wie ein wildes Tier, trat ihm mit Füßen, warf sich über ihn und schlug ihn, war ebenso rasch wieder auf den Beinen, um ihn aufs neue zu treten, und über ihn, um ihn zu schlagen.

Das Mädchen war herbeigerannt und umkreiste ratlos, weinend und schreiend den auf der Erde liegenden Mißhandelten.

Florian schrie vor Schande, Mut und grimmen Schmerz auf, er wäre ohnmächtig zusammengebrochen, hätte ihn nicht ein Gedanke bei sich erhalten und mit übermenschlicher Kraft begabt, der Gedanke sich zu rächen, es koste, was es wolle! — Dort hinter der Lichtung mußte abschüssiger Boden sein, — da hinab über Geröll und spitze Kanten mit einem gekollert und der bleibt am andern Ende wohl auch ruhig neben liegen und läßt Kühnen und Raufen eine Weile.

Er umschlang seinen Gegner und mit einem Schwunge rollten sie bis zur letzten Tanne.

Aber der Leutenberger hatte plötzlich von ihm abgelassen und mit beiden Armen in die Luft gegriffen. „Da nicht hin,“ brüllte er, „da nicht hin, da hört der Boden auf!“ Er lag freidebleich unter Florian und hielt eine

dünne, glatte Wurzelgerte der Tanne krampfhaft mit beiden Fäusten umspannt.

Er sprach nur zu wahr, keine drei Spannen trennten sie von einem Abgrunde, eine unvorsichtige Bewegung und er nahm sie auf.

„So,“ sagte Florian, und obwohl er vor Schmerz die Zähne übereinander biß, verzerrte doch ein eigentümliches Lächeln sein Gesicht. „Dann geht es doch ein bißchen tiefer, als ich gedacht habe. Komm mir gleich sein! Du hast mich vorherhin zumhanden getreten, Leutenberger, wie ich nie eine Kage! Hast du gemeint, ich werd dich auf der Welt herumtriechen und von dir mit Fingern nach mir zeigen lassen?! Nein, Himmelhund, elendiger, das siehst nicht und die nächste Sonn auch nimmer! Komm mit!“

Ein Ruck — ein schreckensvoller, wilder Aufschrei — die Wurzelgerte entglitt pfeilschnell den umklammerten Fäusten und schnellte empor — und über den Rand des Abgrundes schlugen zwei Körper hinaus.

Das Kind tat einen gellenden Schrei und schlug die Hände vor das Gesicht, so stand es schauernd, atemlos, erwartend. Es hätte wie sonst, wenn manchmal ein Stein am Rande abbröckelte, langsam zählen können, eins — zwei — drei.

Da geschah in der Tiefe ein dumpfer Fall.

Das Mädchen taumelte und griff um sich, da fühlte es sich gefaßt und gehalten, die Großmutter stand wortlos und zitternd neben ihm, sie hatte alles mit angesehen.

Sie gingen schweigend nach der Hütte.

In den Augen Sophens glänzten zwei große Tränen.

(Fortsetzung folgt.)